



Rede der FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Gangelt zum Haushaltsentwurf 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrter Herr Hamacher, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Zunächst gilt unserem Kämmerer, Herrn Dahlmanns, Dank für die wertvolle Unterstützung bei unseren Beratungen. Er stand jederzeit für Fragen bereit. Außerdem hat er – wie immer – eine solide Arbeit gemeinsam mit seinen Mitarbeitern geleistet.

Ihnen, Herr Bürgermeister, möchte ich im Namen aller Liberalen dafür danken, dass Sie sich stets für die Belange der Gemeinde Gangelt einsetzen, so dass unsere Gemeinde in den Medien zumeist mit positiven Schlagzeilen aufwarten kann.

Seit einigen Monaten beschäftigt sich die Politik nahezu ausschließlich mit einer Wirtschaftskrise, die von kuriosen Bankgeschäften hervorgerufen wurde und den inzwischen beschlossenen Konjunkturpaketen. Die Konjunkturpakete sind bisher nichts anderes, als das größte Schuldenpaket in der Geschichte unseres Landes. Frau Bundeskanzlerin sagt zwar richtig: „Nichtstun ist keine Alternative“, aber das Falsche zu tun, ist auch keine Alternative. Die Bundesregierung wird damit als eine Regierung der Rekorde in die Geschichte eingehen. Sie steht für die größte Steuererhöhung und den höchsten Schulden in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese Bundesregierung hat die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten und wird in diesem Jahr gleichzeitig die höchsten Schulden in der Geschichte der Republik aufnehmen. Wir werfen dieser Regierung nicht vor, dass wir eine Wirtschaftskrise haben. Wir werfen ihr vor, dass sie in guten Zeiten nicht für die schlechten Zeiten vorgesorgt hat.

Steuerpolitik ist weit mehr als Finanztechnik. Es ist auch Ausdruck eines Gesellschaftsbildes. Das wird durch den Vorschlag, mit Konsumgutscheinen die Binnenkaufkraft zu stärken, besonders deutlich. Erst nimmt die

Regierung den Bürgern zuviel Steuern und Abgaben weg und anschließend teilt sie ihnen Konsumgutscheine zu. Dieses Denken macht aus Bürgern Taschengeldempfänger. Das ist nicht die Gesellschaft, in der die Mehrheit der Deutschen leben will.

Es ist die Mittelschicht, die unser Land trägt. Die Hälfte aller Steuerzahler trägt etwa 94 Prozent der gesamten Einkommensteuerlast. Wenn diese Mitte die Lust an Leistung verliert, dann leiden darunter die Schwächsten zuerst. Alles was verteilt werden soll, muss vorher erwirtschaftet werden. Wer verhindert, dass sich Anstrengung lohnt, wer verhindert, dass Fleiß sich auszahlt, wer die Leistungsgerechtigkeit abschafft, der wird jede soziale Gerechtigkeit verlieren. Wer die Mittelschicht so weiter ausbeutet, der macht Deutschland arm. Das werden wir ändern. Wer arbeitet, darf in Deutschland nicht der Dumme sein.

Wir wollen, dass die Lohnzusatz- und Nebenkosten sinken und nicht weiter steigen, wobei wir beim vorliegenden Haushalt wären. Mit dem vorgelegten Haushalt hat sich die Gemeinde Gangelt von der Kameralistik verabschiedet und ist zur kaufmännischen Buchführung gewechselt. Dies bringt einige Veränderungen mit sich, vor allem im Bereich der Abschreibungen und der Pensionsrückstellungen.

Das Haushaltsbild unserer solide geführten Gemeinde hat sich mit der Umstellung auf „NKF“ verschlechtert. Wenn durch diese Maßnahme fast alle Kommunen im Kreis Heinsberg in gewissen Maßen hinter ihre Ausgangsposition zurückgeworfen werden, erhebt sich die Frage nach dem Sinn des Umstellungsprozesses.

Zunächst haben wir im jetzt vorgelegten Rechenwerk die Vergleichszahlen zu den Vorjahren vermisst. Das neue System ist aber durch die sogenannten Produkte übersichtlicher und nachvollziehbarer gestaltet.

Sehr schnell war in dem neuen System erkennbar, dass unsere Fraktion mit dem Antrag auf Senkung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer nicht ganz falsch lag. Stellen wir zum Beispiel die Unterhaltskosten der bebauten Straßen und Plätze den Einnahmen aus der Grundsteuer B gegenüber, verbleibt hier der

Gemeinde fast exakt unsere beantragte Steuersenkung als Gewinn übrig.

Unser Appell im letzten Jahr, dem Beispiel mehrerer Kommunen aus dem Kreisgebiet zu folgen und die Steuersätze zu senken, stieß leider auf keine positive Resonanz in den Haushaltsbeschlüssen. Wir dürfen nochmals in Erinnerung rufen, dass die Orientierung an den sogenannten fiktiven Hebesätzen in die Irre führt. Keine Gemeinde verliert auch nur einen Cent an Schlüsselzuweisungen, wenn sie ihre Steuersätze senkt. Es ist sogar damit zu rechnen, dass in der Neuauflage des Gemeindefinanzierungsgesetzes die fiktiven Hebesätze abgesenkt werden. Auch haushaltsrechtlich würden zurzeit keine Probleme bestehen angesichts der gut dotierten Ausgleichsrücklagen. Mit diesem Appell verbindet die FDP auch die Erwartung, dass die Gemeinde Gangelt in abgestufter Verantwortung und im Rahmen ihrer Möglichkeiten so einen konjunkturstützenden Beitrag leistet.

In den vergangenen beiden Jahren hatte ein Arbeitnehmer kaum 4 % Gehaltserhöhung. Die Steuereinnahmen unserer Gemeinde erhöhten sich jedoch im gleichen Zeitraum um 20,7 %. Dies stößt bei unseren Bürgern wohl kaum auf Verständnis.

Bei näherer Betrachtung der Grundsteuer A ist eine umgekehrte Tendenz erkennbar. Den Einnahmen von rund 74.000 Euro stehen Kosten von knapp 316.000 Euro gegenüber. Auch hier ist künftig ein Umdenken erforderlich.

Das Argument, dass in diesem Jahr die Gebührenhaushalte stabil bleiben, mag hier zwar richtig sein. Gestatten Sie uns dennoch den Hinweis, dass die Gebühren, und damit die Belastungen unserer Bürger in nahezu allen Kommunen, trotz dieser schwierigen wirtschaftlichen Zeit, gesenkt werden konnten. Die Bemerkung eines Kollegen, hier die Vereinsförderung in einem Atemzug zu erwähnen, erweckte bei uns den Eindruck mangelnder Sachkenntnis.

Auffällig waren auch die kalkulierten Einnahmen von 3300 Euro bei den Straßenreinigungsgebühren. Die Vergnügungssteuer haben wir im letzten Jahr weitgehend abgeschafft. Die wesentlich geringeren Einnahmen bei den Straßenreinigungsgebühren rechtfertigen kaum den Verwaltungsaufwand, und wir schlagen vor, auch diese künftig ad acta zu legen.

Trotz einer Steigerung der Schlüsselzuweisungen auf 5.100.000 Euro ist die Kreisumlage auch in diesem Jahr auf 6.275.000 Euro angewachsen. Sind unserer

Gemeinde im letzten Jahr noch 6 % der gesamten Steuereinnahmen verblieben, so müssen wir in diesem Jahr zum Steueraufkommen noch 1,7 % zulegen.

Obschon Landrat Pusch seit Jahren einen rigorosen Sparkurs propagiert, sieht die FDP Fraktion hier weiterhin kaum geeignete Ansätze. Ein kurzer Blick auf den Kreishaushalt genügte uns, um ein 7 stelliges Einsparpotenzial zu erkennen. Wir haben deshalb kein Verständnis für die Höhe der Kreisumlage. Von der Mammutbehörde Kreisverwaltung erwarten wir eine wirtschaftlichere und sparsamere Verwaltungsführung. In einigen Bereichen arbeiten heute private Unternehmer wesentlich preiswerter und effektiver, wodurch sich die Personalkosten erheblich reduzieren könnten.

Die im letzten Jahr von der Kammer vorgelegte Untersuchung zu den vier Kreishaushalten im Bezirk zeigt, dass zwischen dem Kreis Euskirchen mit den niedrigsten Umlagesätzen und dem Kreis Heinsberg bedeutende Belastungsunterschiede bestehen. Wir haben deshalb Verständnis dafür, dass die Kommunen gleiche Maßstäbe in der Aufgabenerledigung einfordern.

Obschon beim vorliegenden Haushalt kaum Vergleiche zu den Haushalten der KAMERALISTIK möglich waren, ist uns besonders aufgefallen, dass 2009 die Zinsgewinne die zu zahlenden Darlehenszinsen um fast 30.000 Euro übersteigen. Gangelt ist und war nie eine reiche Kommune, aber dieses Plus zeigt, dass unsere Gemeinde praktisch schuldenfrei ist. Hierzu unsere Hochachtung!

Für das erste Betriebsjahr des Infocenters und des Wohnmobilstellplatzes prognostizierte Gerd Dahlmans im letzten Jahr ein erhebliches Defizit von 100.000 Euro. Unter dem Strich steht zwar heute noch eine rote Zahl, die sich aber erfreulicher Weise in Grenzen hält. Geeignete Maßnahmen zur Kostensenkung haben Sie in diesem Jahr bereits ergriffen. Nach nicht einmal einem Jahr ist der Wohnmobilstellplatz nahezu ausgelastet und ein touristischer Erfolg. Dennoch wäre es unserer Fraktion lieber, das Infocenter künftig privatwirtschaftlich zu betreiben und nicht durch die Verwaltung. In den kommenden Jahren sollten wir bei der Ratsarbeit in Erwägung ziehen, unsere touristische Infrastruktur mit einem Campingplatz zu ergänzen.

Im vergangenen Jahr betrug die freie Spitze noch 900 000 Euro. Für diesen Trend war die positive Entwicklung auf der Einnahmeseite

verantwortlich, den der Kommunalfinanzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen bei nahezu allen Kommunen bestätigt. Erstmals seit 2000 wurde im vergangenen Jahr landesweit ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 700 Milliarden Euro erwirtschaftet.

In diesem Jahr haben wir im Ergebnisplan eine Einnahmelücke von 820.000 Euro. Obschon in den letzten fünf Jahren jeweils Haushaltsüberschüsse erzielt wurden, kommt das negative Resultat für die Gemeinde dennoch nicht überraschend. Erstmals schlagen, bedingt durch das NKF, nun kalkulatorische Positionen wie Abschreibungen und Pensionsrückstellungen zu Buche. Trotz des Defizits kann der Haushalt durch die vorhandenen Rücklagen ausgeglichen werden.

Bei den kalkulierten Einnahmen sinkt die Gewerbesteuer um 450 000 Euro auf 1,85 Mio. Euro. Sicherlich werden wir aufgrund der Wirtschaftskrise hier Abstriche machen müssen, aber ein Rückgang von 20 Prozent erscheint eher unwahrscheinlich zu sein.

Einen nicht unerheblichen Kostenapparat im Haushalt stellen die Personalausgaben dar. Diese sind jedoch ausgesprochen gut durchkalkuliert. Dennoch sollte gemeinsam überlegt werden, ob es nicht möglich ist, eingefahrene Verfahrensstrukturen zu durchleuchten und den heutigen Anforderungen anzupassen. Nur so ist eine kosteneffiziente Führung des Personalhaushalts möglich.

In den vergangenen Jahren hat die FDP an dieser Stelle die Schaffung eines mobilen Rathauses angeregt. Leider ist es hier bei der Anregung geblieben.

Im Hinblick auf eine immer älter werdenden Gesellschaft möchten wir dennoch die Nähe zum Bürger zu intensivieren. Ein mobiles Rathaus bleibt für die FDP weiterhin eine Möglichkeit, Vertrauen, Respekt und Teilnahme der älteren Gesellschaft an Entscheidungen der Verwaltung und des Gemeinderats zu erlangen.

Im vorliegenden Zahlenwerk wurden noch nicht die zu erwartenden Zuwendungen des Landes NRW aus den Fördermitteln „Kein Kind ohne Mahlzeit“ berücksichtigt. Hier erwarten wir nach aktuellen Informationen eine zusätzliche Förderung von 77.000 Euro.

Auch die bereits bekannten Zahlen der pauschalen Zuweisungen an die Gemeinde Gangelt des Landes Nordrhein-Westfalen für Zukunftsinvestitionen im Rahmen des Konjunkturpaktes II sind bereits bekannt, aber noch nicht im Haushalt 2009 enthalten. Zum Investitionsschwerpunkt Infrastruktur sind

zusätzlich 612.840 Euro zu erwarten, die auch zur Erstellung des vorgeschlagenen Campingplatzes dienen könnten. Zum Investitionsschwerpunkt Bildung sind weitere 578.738 Euro vorgesehen, die überwiegend in unsere Turnhalle Breberen und in die Mehrzweckhalle Birgden investiert werden sollten.

Die FDP möchte sich bei allen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für Ihre unterstützende Hilfe in allen Bereichen bedanken.

Blicken wir in Gangelt hoffnungsvoll in die Zukunft. Für die Kommunalwahl wünschen wir uns eine konstruktive und faire Darstellung der einzelnen Positionen.

Mit dem vorgelegten Entwurf zum Haushalt kann sich unsere Fraktion trotz einiger Bedenken und Anregungen weitgehend identifizieren. Alle größeren Investitionen wurden bereits in den Ausschüssen eingehend diskutiert und zum Teil auch schon verabschiedet. Die FDP wird dem Haushaltsentwurf 2009 zustimmen.

FDP sieht sich als Mitglieder- und Dialogpartei

Liberaler Politik lässt sich nur verwirklichen, wenn es genügend Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich persönlich einsetzen.

Wir würden uns auch über Ihre Bereitschaft freuen, die Idee der Freiheit aktiv zu unterstützen.

Wir laden Sie deshalb sehr herzlich zu unserem nächsten Treffen ein.



Mit freundlichen Grüßen

Lia Görtz, Vorsitzende